

Christoph Jünke

Das dritte Leben des Viktor Agartz

„Man spricht von Dr. Agartz“

Die Mehrdeutigkeit der Überschrift war wahrscheinlich unbeabsichtigt, als die *Süddeutsche Zeitung* (SZ) im Februar 1955 ein längeres Porträt „aus einer sehr persönlichen Perspektive“ veröffentlichte. „Man spricht von Dr. Agartz“, titelte sie damals über den Mann, den sie als „Adenauers gefährlichste(n) Gegner“ vorstellte und der doch nur der Leiter des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) war.

„Schon in seinem Äußeren“, schreibt der SZ-Redakteur, „passt Viktor Agartz nicht in die landläufige Vorstellung von einem alten Gewerkschaftsfunktionär. Der 58-jährige kommt nicht von der Hobelbank oder aus der Werkhalle, sondern von der Höheren Schule und der Universität. Sein ausdrucksvolles Gesicht wird von wasserblauen Augen beherrscht, die den Fremden durchdringend prüfen. Es ist nichts Strenges, Hartes an ihm – er hat nichts von einem Fanatiker. Vielmehr bewegt er sich mit der Lässigkeit eines Wiener Grafen. Dazu passt seine Kleidung – sie ist von unaufdringlicher, konservativer Eleganz. Auffällig an ihm sind außer den blauen Augen die Hände. Sie sind blau geadert, schmal und sensibel – wie die Hände eines Dirigenten. So hat auch die ganze Persönlichkeit etwas Künstlerisches. Die beiden Seiten des lang gestreckten Raumes sind mit Büchern tapeziert. Agartz ist Bibliophile. (...) Was für Adenauer die Rosen, sind für Agartz die Orchideen. Er züchtet sie und andere tropische Gewächse mit großem Sachverstand. In seinem Garten gibt es keine Pflanze zweimal, der Rasen vor dem Wintergarten wird auf englische Manier gepflegt. In diesem privaten Bezirk, in welchem der Grundsatzfragen-Theoretiker der Gewerkschaften mit sensiblem Geschmack seinen Individualismus kultiviert, gesellt sich zu den Büchern und Orchideen eine umfangreiche Sammlung klassischer Schallplatten. Der Akzent liegt auf Beethoven.“¹

Auch wenn ein solcher Charakter zur damaligen Zeit nicht ganz so ungewöhnlich gewesen sein dürfte, wie es das mediale Bewusstsein des nachfaschistischen Deutschlands sich vorzustellen begann, so konnte Agartz immerhin auf eine fast schon Vorbildliche Vergangenheit zurückschauen. Der am 15. November 1897 geborene und in einer alten Remscheider Metallarbeiterfamilie Aufgewachsene hatte sich während seines Studiums in den 1920er Jahren in sozialistischen Studiengruppen in Marburg und Köln und als Dozent in Gewerkschaftskreisen engagiert, sowie als Angestellter in einer Konsumgenossenschaft gearbeitet. Zeit lebenslang auf dem linken Flügel der sozialdemokratischen Partei stehend, wurde der 1925 promovierte Doktor der Staatswissenschaften und Ehemann einer Kölner Frauenärztin aus reichem Hause zum erfolgreichen kaufmännischen Direktor einer Kölner Konsumgenossenschaft und gleichzeitigen Geschäftsführer einer Stahlwarenfabrik. Gesellschaftlich einfluss-

1 Jörg Andrees Elten: Man spricht von Dr. Agartz. Der Hintergrundmann der Gewerkschaften – in seinem Kölner Heim näher betrachtet, in: *Süddeutsche Zeitung*, 15.2.1955.

reich, aber politisch eher von lokaler Bedeutung, ließ er sich nach dem faschistischen Berufsverbot zum Wirtschaftsprüfer umschulen, betätigte sich als Mittler im antifaschistischen Widerstand und überlebte den faschistischen Terror – zuletzt in der Illegalität.²

In den Trümmerlandschaften des niedergekämpften Nachkriegsdeutschlands begann dann der kometenhafte Aufstieg des Viktor Agartz, sein gleichsam zweites Leben. Als Hans Böcklers wirtschaftspolitischer Berater – beide kannten sich aus Weimarer Zeit – und im engen Kontakt mit dem SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher, wurde der bodenständige Marxist und gleichermaßen praktisch wie theoretisch versierte Ökonom zum wichtigsten Wirtschaftspolitiker von SPD und DGB – zuerst als Generalsekretär des Deutschen Wirtschaftsrates sowie Mitglied diverser ökonomischer wie politischer Beiräte und Unterausschüsse, dann als Generalsekretär des Mindener Zentralamts für Wirtschaft für die britische Besatzungszone und Mitglied des nordrhein-westfälischen Landtags. Agartz stand dabei für ein umfassendes wirtschaftspolitisches Neuordnungskonzept, das gleichermaßen auf Verstaatlichung wie auf demokratische Vergesellschaftung sowie auf eine neue sozialistische Planwirtschaft mit marktsozialistischen Methoden setzte.³ Mitte 1947 jedoch musste sich der körperlich vollkommen erschöpfte – materielle Sonderrationen für Funktionsträger lehnte er grundsätzlich ab – und von der US-amerikanischen Militärmacht bereits als Repräsentant des anderen, des gefährlichen, des sozialistischen Deutschlands kritisch beargwöhnte Multifunktionär zurückziehen, gab seine politische Karriere auf und widmete sich nach seiner Genesung, also seit 1948 ganz der Gewerkschaftsbewegung. Im Mai 1949 übernahm er als Direktor jenes Wirtschaftswissenschaftliche Institut (WWI) des DGB, das er schnell zu einem ausgesprochen einflussreichen, öffentlich nachgefragten „Think-Tank“ der westdeutschen Arbeiterbewegung ausbaute. Das WWI, erinnerte sich der Zeitzeuge und Historiker der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung Theo Pirker später, „war eine Institution per se. Nicht die Vorsitzenden der Gewerkschaften wurden am meisten zitiert, sondern das WWI. Jeden Tag.“⁴

- 2 Zu Agartz' Biografie vgl. v.a. die beiden auf eigenen Forschungen beruhenden Arbeiten von Hans-Georg Hermann (d. i. Hermann Schäfer): *Verraten und verkauft*, Fulda 1958 sowie Hans Peter Riesche: *Von der „Neuen Wirtschaftsdemokratie“ zur „Expansiven Lohnpolitik“*. Ein Beitrag zur Biographie von Viktor Agartz, Dissertation, Hannover 1979. Zusammenfassende Überblicke finden sich vor allem auch bei Hans Willi Weizen: *Ein vergessener Sozialist? Weg und Ziel des Viktor Agartz – Eine Einführung*, in: Viktor Agartz: *Partei, Gewerkschaft und Genossenschaft*, Frankfurt am Main, 1985, S. 5–47 sowie bei Bernhard Koolen: *Die wirtschaftspolitische Konzeption von Viktor Agartz zur Neuordnung der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft*, Köln 1979, S. 18–48.
- 3 Zu den wirtschaftspolitischen Vorstellungen dieser Zeit vgl. v.a. Volker Gransow/Michael Krätke: *Viktor Agartz. Gewerkschaften und Wirtschaftspolitik*, Berlin 1978; Koolen 1979 sowie Hans Willi Weizen: *Gewerkschaften und Sozialismus – Naphthalis' Wirtschaftsdemokratie und Agartz' Wirtschaftsneuordnung*, Frankfurt am Main/New York 1982.
- 4 Martin Jander: *Theo Pirker über „Pirker“*. Ein Gespräch, Marburg 1988; S. 70. Zur Entstehungsgeschichte und zum Selbstverständnis des WWI vgl. jüngst auch Klaus Tenfelde: *Gewerkschaft, Wissenschaft, Mitbestimmung. Von der Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik des ADGB bis zum WSI in der Hans Böckler-Stiftung*, in: *Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen* Heft 38 (2007), S. 45–59.

Viktor Agartz blieb jedoch auch als Teil der politischen Elite der jungen Bundesrepublik (er pflegte enge Kontakte zu führenden Vertretern aus Wirtschaft und Politik) ein überzeugter Sozialist, denn, wie ihn der SZ-Redakteur Jörg Elten zitierte: „Ich bin Sozialist, weil ich dem Menschen im Zeitalter der Vermassung zu seiner Individualität verhelfen möchte.“

Dass man gerade zu Beginn des für die Bundesrepublik reichlich turbulenten Jahres 1955 auch medienöffentlich über ihn zu sprechen begann, war jedoch vor allem der politischen Konjunktur geschuldet, wie uns Elten aufklärt: „Seit Böcklers und Schumachers Tod gab es für Westdeutschlands organisierte Arbeiter niemanden aus den eigenen Reihen, der klärende Antworten auf jene komplizierten Fragen gab, die in Zusammenhang mit der Wiederaufrüstung, der Mitbestimmung und Lohnpolitik entstanden. Der Mann, der im Wirtschaftswissenschaftlichen Institut der Gewerkschaften die Abteilung *Wirtschaftspolitik und Grundsatzfragen* leitet, hielt eindeutige Antworten auf diese Fragen in seiner Schublade bereit. Die Gewerkschaftsfunktionäre holten Agartz vom Schreibtisch weg und schickten ihn in die hell beleuchtete Arena des politischen Meinungsstreites – er war der einzige, der eine klare Konzeption hatte. So kommt es, dass er, der seinem Wesen nach in die Rolle des Beraters, des ‚second man‘ passt, plötzlich – eher der Not gehorchend als dem eigenen Triebe – als der maßgebende aktive Gewerkschaftspolitiker auftritt. Sein Einfluss wächst in dem Maße, wie die Abneigung der Arbeiterschaft gegen die Wiederbewaffnung zunimmt.“⁵

Damals reichten die andeutenden Anmerkungen zur politischen Arena und der Agartz eigenen, klaren Konzeption, denn der Eindruck, den dessen programmatische Grundsatzrede auf dem Frankfurter DGB-Kongress im Oktober 1954 auf die öffentliche Meinung hinterlassen hatte, war noch ganz frisch. Massiv hatte Agartz dort die nach dem Zusammenbruch erfolgte Restauration der kapitalistischen Produktions- und Verhältnisse als Enteignung der Mehrheit der Bevölkerung kritisiert. Massiv hatte er dort die Besatzungsmächte und den Rückgriff auf nazistisch belastete Elemente in Politik und Verwaltung kritisiert. Massiv hatte er schließlich auch das neue autoritäre politische System, den neuen Industriefeudalismus in den Betrieben und die neuen Modelle einer sozialpartnerschaftlichen Mitbestimmung kritisiert, die alte Forderung nach einer grundsätzlichen Neuordnung der Produktionsweise erneuert und betont, „dass auf der Grundlage der bisherigen Eigentumsordnung eine solche von uns angestrebte optimale Lösung nicht möglich ist“. Als Hebel einer solchen neuen Offensive hatte er radikale Arbeitszeitverkürzungen, sprich: die 40-Stunden-Woche und die expansive Lohnpolitik vorgeschlagen sowie die radikale Abwendung von jeder Verinnerlichung einer wie auch immer gearteten Markt- und Profitlogik: „Die Gewerkschaften sind kein Apparat von Funktionären, sondern eine Bewegung der um ihre

5 An nachgelassenen Schriftensammlungen von Agartz sind zu nennen: Viktor Agartz: *Gewerkschaft und Arbeiterklasse. Die ideologischen und soziologischen Wandlungen in der westdeutschen Arbeiterbewegung* (Hg. L. Ziegenbalg), München 1971; ders.: *Wirtschaft – Lohn – Gewerkschaft. Ausgewählte Schriften* (Hg. V. Gransow/M. Krätke), Berlin 1982; ders.: *Partei, Gewerkschaft und Genossenschaft* (Hg. H. W. Weizen), Frankfurt am Main 1985; ders.: *Wirtschafts- und Steuerpolitik – Expansive Lohnpolitik* (Hg. H. W. Weizen), Berlin 1986.

Besserstellung ringenden Menschen. Die Gewerkschaften sind nicht Selbstzweck, sondern Instrumente in diesem Ringen.“⁶

Das war Labsal für die in den Jahren zuvor arg geschundenen und teilweise stark frustrierten Gewerkschafter, die seine fast dreistündige Rede mit stehenden Ovationen und minutenlangem Beifall feierten. Die westdeutsche Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung hatte in den bis 1952 geführten Kämpfen um die Mitbestimmung eine nachhaltige Niederlage einstecken und sich von weitergehenden Sozialisierungsforderungen verabschieden müssen. Die voll auf den Export ausgerichtete Ökonomie boomte unter dem Eindruck des Koreakriegs, die Unternehmerschaft hatte sich ökonomisch erfolgreich rekonstituiert und war auch politisch wieder in die Offensive gegangen. Im Oktober 1952 wurde das Betriebsverfassungsgesetz verabschiedet, im Januar 1953 das Streikrecht durch Beschluss des Bundesarbeitsgerichts deutlich eingeschränkt. Parallel dazu war der Kampf um die Remilitarisierung vorerst verloren gegangen, als die Bundesregierung im Mai 1952 dem (zwei Jahre später von Frankreich wieder zu Fall gebrachten) Vertragswerk der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) beigetreten war. Mit dem Tod des charismatischen Gewerkschaftsvorsitzenden Hans Böckler im Februar 1951 und des alle überragenden SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher im August 1952 endete symbolisch eine Zeit, „in der alles möglich schien und in der tatsächlich so wenig möglich war“.⁷

Und als die SPD auch noch die Bundestagswahlen im September 1953 verlor, verbreiteten sich Niedergeschlagenheit und Ohnmacht auf der einen und – zumal nach der Niederschlagung des ostdeutschen Aufstands im Juni 1953 – ein verschärfter Antikommunismus auf der anderen Seite. Oberhand hatten nun jene sozialdemokratischen Parteifunktionäre gewonnen, die aus den stalinistischen Formen planwirtschaftlicher Ökonomie und sozialistischer Politik Argumente gegen jede Form der Vergesellschaftung der Produktionsmittel machten und den Sozialismus für unvereinbar mit politischer Freiheit erklärten.

Der damals begonnene lange sozialdemokratische Weg nach Bad Godesberg hatte es jedoch mit starken innerparteilichen Widerständen und Dissidenzbewegungen zu tun, die wiederum ihre Hoffnung auf neue massive Streikbewegungen wie den bayrischen Metallstreik 1954 oder auf die Ende 1954 wieder aufbrechende Remilitarisierungsdebatte zu stützen vermochten. Und obwohl Agartz auf diese auch ihn beflügelnden Bewegungen nur am Rande seiner Rede eingegangen war, hatte er doch für alle sichtbar den tiefen Unmut großer Bevölkerungsteile über die herrschenden Verhältnisse offen gelegt. Selbst das dem DGB-Kongress vorsitzende christlich-soziale DGB-Vorstandsmitglied Matthias Föcher konnte und wollte es deswegen nicht unterlassen, im unmittelbaren Anschluss an die Rede und unter erneutem lebhaftem Beifall, „noch einmal dem Kollegen Agartz für diese kristallklare Analyse der gegenwärtigen Situation unseren herzlichen Dank auszusprechen. Ich weiß, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, dass er damit die Sprache der Gewerkschaft-

6 Wirtschafts- und Steuerpolitik. Rede auf dem DGB-Kongress 1954, mehrere Nachdrucke, hier zitiert nach dem Nachdruck in Agartz: Wirtschafts- und Steuerpolitik, S. 29–75.

7 Theo Pirker: Die SPD nach Hitler. Die Geschichte der sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1945–1964, Berlin 1977, S. 10.

ter gesprochen hat. Ich kann mir denken, dass solche Ausführungen, die den Schleier von manchen Vorgängen hinweg gerissen haben, hier und da Unbehagen auslösen. Wir sind aber froh, dass der Kongress die Möglichkeit hatte, eine solche Übersicht zu gewinnen.“⁸

Es war also seine Frankfurter Rede, die Agartz schlagartig zum bekanntesten und damit auch meistgehassten sozialistischen Linken der Bundesrepublik machte – zu einem Mann, von dem „man spricht“. Aber ganz so überraschend war dies natürlich nicht, denn auch die Frankfurter Rede hatte ihre Vorgeschichte. Bereits Ende 1953, im unmittelbaren Anschluss an die für SPD und DGB soeben verloren gegangene zweite Bundestagswahl vom September 1953, war er mit seinem kleinen, aber Aufsehen erregenden Artikel über „Expansive Lohnpolitik“ in die gewerkschaftspolitische Offensive gegangen. Agartz hatte aus Lohnfragen Machtfragen gemacht und zu diesem Zwecke eine dynamische und expansive Lohnpolitik nicht nur als Mittel der Konjunkturpolitik propagiert, sondern vor allem, um den Arbeiterinnen und Arbeitern einen steigenden Anteil am gesamtgesellschaftlichen Kuchen zu sichern.⁹

Schon damals soll der Vordenker der christlichen Gewerkschafter, der Jesuitenpater und Professor für katholische Theologie, Oswald von Nell-Breuning, alarmiert gewesen sein. Den breiten Gewerkschaftskreisen dagegen bot Agartz mit seinen Thesen einen offensiven Ausweg aus der verfahrenen Situation und wurde als Vordenker und Vortragsredner zunehmend gefragt. Im Sommer 1954 hatte er so auch den Auftrag bekommen, das zentrale Referat auf dem bevorstehenden Frankfurter Gewerkschaftskongress zu halten.¹⁰ Und er nutzte diese Gelegenheit, um die wesentlichen Inhalte der Rede offen, auf Dutzenden von Gewerkschaftstreffen im Vorfeld des Kongresses kollektiv abzustimmen und so eine möglichst umfassende Neuausrichtung der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung zu gewährleisten. Was jedoch allenfalls eine Handvoll Menschen wusste war, dass er seine Rede auch dazu benutzte, die sozialistische Linke in und um die Gewerkschaften herum zu organisieren und zu mobilisieren. Im Vorfeld war es deswegen zu einem streng geheim gehaltenen Treffen im Kölner Dom-Hotel gekommen, zu dem Agartz und sein Mitarbeiter Theo Pirker mit Arkadi Gurland, Wolfgang Abendroth, Leo Kofler und Ernest Mandel die „grauen Eminenzen“ des marxistischen Linkssozialismus der 1950er Jahre eingeladen hatten, an der Rede mitzuwirken.¹¹

8 Zit. nach Agartz: Wirtschafts- und Steuerpolitik, S. 74.

9 Expansive Lohnpolitik (1953), Nachdruck in Agartz: Wirtschaft – Lohn – Gewerkschaft, S. 112–117. Zur Diskussion um das Konzept vgl. Krätke/Gransow: Viktor Agartz, Kapitel III; Rudi Schmidt: Der Streik in der bayrischen Metallindustrie von 1954. Lehrstück eines sozialen Konflikts, Frankfurt am Main, 1995, S. 49 ff.; Reinhard Bispinck u. a. (Hg.): Wirtschaftsdemokratie und expansive Lohnpolitik. Zur Aktualität von Viktor Agartz, Hamburg 2008 (i. E.).

10 Klaus Schönhoven/Hermann Weber (Hg.): Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, Bd. 11: Der Deutsche Gewerkschaftsbund 1949 bis 1956, Köln 1996, S. 537.

11 Jander, S. 85 ff.

Die Ausgrenzung

Auch wenn seine innergewerkschaftlichen Gegner von dieser fraktionellen Seite nichts gewusst haben, so war ihnen jedoch klar, dass die wesentlich unter dem Eindruck von Agartz' Rede gefassten Frankfurter Beschlüsse – Ablehnung eines deutschen Wehrbeitrags; aktive/expansive Lohnpolitik; Ablehnung jeder Form von „Miteigentums“-Modellen; Überführung der Montanindustrie in Gemeineigentum; Grundsatzerklärung für ein neues gewerkschaftspolitisches Aktionsprogramm – zu jener Kraftprobe mit Kapital und Kabinett des gerade restaurierten und ökonomisch kräftig durchstartenden Westdeutschland führen würden, die sie zu vermeiden trachteten.

Die christlichen Gewerkschafter jedenfalls gingen unmittelbar nach dem Frankfurter Kongress offen auf Distanz. Bereits im Dezember 1954 kam es zu einer hitzigen Tagung christlicher Gewerkschafter, auf der sich ihr hinzu gerufener *spiritus rector*, der von einer gleichsam naturgegebenen Partnerschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ausgehende Oswald von Nell-Breuning, noch eher moderat vermittelnd gab.¹² Doch als klar wurde, dass dies den Unmut der konservativen Basis nicht beruhigen konnte, ging man in die publizistische Offensive und lud für den 11. Januar 1955 nach München. In einem Aufsehen erregenden und vielfach publizierten Vortrag argumentierte von Nell-Breuning, dass Agartz den DGB „in einen Irrgarten staats-, gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Wahnvorstellungen“, „in den politischen und klassenkämpferischen Radikalismus“, „in die Verantwortungslosigkeit“ und „in die Spaltung des DGB“ führe.¹³ Seine am Ende geäußerte Hoffnung, dass „diese Spaltung nicht zwischen christlich-sozialen und sozialistischen Arbeitnehmern verlaufen, sondern mitten durch die sozialistisch gerichtete deutsche Arbeitnehmerschaft hindurch gehen (würde)“, war dabei nicht nur der fromme Wunsch, als der er sich ausgab, sondern politisches Programm. Es galt, den Ansprüchen des von Agartz repräsentierten gewerkschaftlichen Radikalismus mindestens einen symbolischen Riegel vorzuschieben. Der DGB-Bundesvorstand wiederum, aufgeschreckt durch die massiven Drohungen einer Abspaltung der christlichen Gewerkschafter, gab diesem Druck schnell nach, ließ jede Solidarisierung mit dem eben noch gefeierten Vordenker und nun öffentlich Angegriffenen vermissen und „vergaß“ dabei unter anderem, Agartz zu den Bundesvorstandssitzungen einzuladen. Man wollte nicht mehr mit Viktor Agartz sprechen, sondern nur noch von und über ihn.

Und so wie Agartz' Einfluss mit der Abneigung der Arbeiterschaft gegen die Wiederbewaffnung gewachsen war, sank er auch wieder, nachdem ein wesentlicher Teil ihrer Funktionäre diesen Kampf nicht mitgehen wollten. Hatten SPD und Gewerkschaften für den Januar 1955 in die Frankfurter Paulskirche geladen, um den außerparlamentarischen Protest gegen die Remilitarisierung zu beflügeln, strich die SPD die Flügel, als die im Oktober 1954

12 Wolfgang Schroeder: Christliche Sozialpolitik oder Sozialismus. Oswald von Nell-Breuning, Viktor Agartz und der Frankfurter DGB-Kongress 1954, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 39. Jg. (1991), S. 179–220.

13 Oswald von Nell-Breuning: Wohin führt Dr. Viktor Agartz den DGB?, in: Gesellschaftspolitische Kommentare, Februar 1955, zit. nach Nachdruck in Agartz: Wirtschafts- und Steuerpolitik, S. 76–88.

beschlossenen Pariser Verträge (die den Beitritt der BRD zur Westeuropäischen Union und zur NATO vorsahen) vom Bundestag im Februar 1955 ratifiziert wurden und überließ die Paulskirchenbewegung fortan ihrem eigenen Schicksal. In und um das WWI begann zur gleichen Zeit eine politische Kriminalgeschichte ersten Ranges, ein internes Spiel von Auseinandersetzungen und Intrigen.¹⁴

Im Zentrum der Auseinandersetzungen standen zuerst und vor allem die beiden jungen Agartz-Mitarbeiter Walter Horn und Theo Pirker. Pirker war schon damals ein namhafter Journalist und Soziologe mit politischem Talent, ein sozialistischer Gewerkschaftsaktivist aus linkskatholischem Milieu, der vor allem gegen die Wiederbewaffnung und für eine politisch intervenierende Gewerkschaftsbewegung eintrat und dabei auch nicht davor zurückschreckte, zum offenen Aufstand der Mitgliedschaft gegen den Anpassungskurs der Gewerkschaften und die Passivität des DGB-Bundesvorstandes aufzurufen. Horn dagegen hatte es übernommen, eine umfangreiche Antwort auf Nell-Breuning zu schreiben, in dem er dessen Widersprüche und die Grundlagen der katholischen Soziallehre scharf angriff. Deren Veröffentlichung im Maiheft der *Gewerkschaftlichen Monatshefte* fand zwar die Zustimmung von Agartz, doch als Oswald von Nell-Breuning daraufhin Druck auf den DGB-Bundesvorstand ausübte, sich eindeutig gegen Horns Broschüre und ihre weitere Verbreitung auszusprechen, um nicht die Einheit der Gewerkschaftsbewegung zu riskieren, distanzierte sich dieser im Juni öffentlich von der Broschüre und verstärkte den Druck auch gegen Pirker und Agartz. Letzterer wehrte sich allerdings gegen die vom DGB-Vorstand und von seinem WWI-Mitdirektoren Bruno Gleitze geforderte Entlassung seiner beiden Mitarbeiter. Und als er sich im Juli dabei zweier ihm anonym zugespielter Briefdokumente bediente (von denen sich mindestens eines, das brisantere, später als gefälscht herausstellte), die eine Abhängigkeit Gleitzes von Ost-Berlin nahe legten, drehte der DGB-Vorsitzende Walter Freitag dies gegen Agartz und griff bei der gewerkschaftsinternen Aufklärung auch auf die aktive Hilfe der konservativen Adenauer-Regierung und des Verfassungsschutzes zurück. Im Herbst wurden Agartz und Gleitze vorläufig beurlaubt. Erst nachdem beide eine gegenseitige Ehrenklärung abgegeben hatten, wurden sie Anfang Dezember wieder rehabilitiert: Pirker und Horn war gekündigt worden, Agartz jedoch kurz darauf in den offiziellen Vorruhestand entlassen.

Die genauen Zusammenhänge dieser bemerkenswerten Affäre sind auch heute noch nicht wirklich aufgeklärt – nicht zuletzt,¹⁵ weil der DGB-Bundesvorstand beschlossen hatte,

- 14 Zur Auseinandersetzung im und um das WWI vgl. Hermann 1958 und Riesche 1979, außerdem Schroeder, Sozialpolitik sowie Susanne Krämer: Vom Cheftheoretiker zur „Persona non grata“. Über die Hintergründe der Entlassung von Viktor Agartz aus dem Wirtschaftswissenschaftlichen Institut der Gewerkschaften zum Jahresende 1955 (Magisterarbeit an der Universität Mannheim), Mannheim 1994 (ein kleiner Ausschnitt wurde unter demselben Titel veröffentlicht in: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 1995, H. 5, S. 310–316). Wichtiges Quellenmaterial findet sich in Schönhoven/Weber, Quellen, Bd. II, die leider darauf verzichtet haben, den Blickwinkel der Agartz-Gruppe mit zu dokumentieren.
- 15 Vor allem unklar ist noch immer, wer die Gleitze-Dokumente zu welchem Zweck gefälscht hatte. Die eine Theorie geht davon aus, dass sie in Ost-Berlin gefälscht wurden, die andere verweist auf das SPD-Ostbüro. Agartz selbst schrieb in einer Aktennotiz an seinen späteren Prozessverteidiger Gustav Hei-

den ganzen Vorgang als eine lediglich persönliche Fehde darzustellen und zum Fall Agartz/Gleitze darüber hinaus öffentlich zu schweigen. Je mehr jedoch durch partielle Öffnung bzw. Veröffentlichung der betreffenden Archivunterlagen in den letzten Jahren bekannt wird,¹⁶ desto mehr werden die damaligen Spekulationen der linken Linken bestätigt. Die treibende Kraft bei der Ausgrenzung der Agartz-Gruppe aus dem DGB spielten die CDU-nahen christlichen Gewerkschafter, die sich später sogar rühmen sollten, Agartz abgeschossen zu haben.¹⁷ Die Einheitsgewerkschaft sei nur ohne Agartz zu machen, das war ihre so offene wie aggressive Botschaft. Doch hätten sie sich aller Wahrscheinlichkeit nach nicht durchsetzen können, wenn nicht andere, einflussreichere Kräfte die Situation ausgenutzt hätten. Es war dabei vor allem die SPD-Gewerkschaftspolitik, die „die christlich-soziale Drohpolitik als willkommenes Mittel gegen eine Politisierung der Gewerkschaften betrachtet“¹⁸ hat.

Es waren vor allem der DGB-Vorsitzende Walter Freitag, der als Mann der SPD-Partei-führung galt, und der in SPD und Gewerkschaften konspirativ arbeitende „Zehnerkreis“ um den einflussreichen SPD-Führungsfunktionär Siegfried (Siggi) Neumann und andere (u. a. Kuno Brandel, Edu Wald, Werner Hansen, Otto Brenner), der auch als wesentliche Hausmacht Freitags galt, die die Auseinandersetzung hinter den Kulissen wesentlich zuspitzten.¹⁹ Während bspw. Kuno Brandel Agartz im Oktoberheft 1955 der IG Metall-Zeitschrift *Metall* offen angriff, weil sich dieser nicht genügend von Pirker und anderen vermeintlichen Kommunisten distanzieren,²⁰ formulierte Siggi Neumann im Oktober 1955 in einem seiner politischen Privatbriefe unmissverständlich: „Der Sumpf um Agartz, Horn und Pirker stank zum Himmel, und es war die höchste Zeit, radikal Schluss zu machen, damit die Linke eben nicht mit deren gemeingefährlichen Treibereien belastet wird.“²¹ Die zur gesellschaftspolitischen Offensive übergehende Agartz-Gruppe war für den auf eine nur gewerkschaftliche Offensive, ansonsten auf gesellschaftspolitische Defensive und rabiaten Antikommunismus setzenden Zehner-Kreis um Neumann und Brenner „nicht mehr bündnisfähig“ (Wolfgang Schroeder).²² Im neuen antikommunistischen Klima des endgültig geteilten Deutschlands

nemann im Juni 1958: „Die Dokumente sind im Ostbüro der SPD und mit Mitgliedern des Bundesvorstandes vorbereitet worden. In einer Besprechung zur Anfertigung der Dokumente wurde in dem fraglichen Kreis ausdrücklich erklärt, dass es darauf ankäme, mich ‚abzuschießen‘.“ (SAPMO-BA NY 4104, NL Agartz, 4, Bl. 148) Diese Version ging dann auch ein in das mit reichlich Insiderwissen ausgestattete Buch von Hans-Georg Hermann.

16 Schönhoven/Weber, Quellen, Bd. II.

17 Wolfgang Schroeder: Gewerkschaftspolitik zwischen DGB, Katholizismus und CDU, Köln 1990, S. 321; Franz Kersjes: Viktor Agartz und die Gewerkschaften, auf www.weltderarbeit.de/geschichte2pdf.

18 Schroeder, Sozialpolitik, S. 190.

19 Zum „Zehner-Kreis“ vgl. Julia Angster: Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie. Die Westernisierung von SPD und DGB, München 2003; Rainer Kalbitz: Die Ära Otto Brenner in der IG Metall, Frankfurt am Main. 2001; Schönhoven/Weber (Hg.), Quellen, Bd. II, XXVIII.

20 Krämer, S. 42.

21 Zitiert nach Gregor Kritidis: Linkssozialistische Opposition in der Ära Adenauer. Ein Beitrag zur Frühgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Hannover 2008, S. 358.

22 Schroeder, Sozialpolitik, S. 219.

bekam nun Agartz' mangelnde Berührungsangst zu führenden West- und Ostkommunisten eine neue Konnotation. Er machte sich mit ihr zum scheinbaren „Fellow Traveller“ der Kommunisten, was diese mit kräftigen Umarmungsversuchen ihrerseits zu forcieren versuchten.²³ Waren für Agartz die Kommunisten Teil einer heterogenen Familie, waren sie für die offizielle Politik und nennenswerte Teile auch der Linken (v. a. natürlich für den Zehner-Kreis) gar keine selbstständigen politischen Kräfte, sondern allenfalls Stellvertreteragenturen fremder Machtinteressen, von denen man sich prinzipiell fernhalten müsse, wenn man sich bei der Mehrheit der Arbeiterklasse nicht unbeliebt machen wolle.

Bis zum Schluss, d. h. bis zum Dezember 1955, gab es zwar noch zaghafte Versuche anderer führender Gewerkschafter, Agartz zu verteidigen und zu halten – der bayrische DGB-Vorsitzende Max Wönner bspw. stellte sich offen hinter ihn und legte dem DGB-Bundesvorstand sogar nahe, ihren Vorsitzenden Freitag zu beurlauben –,²⁴ doch auch diese schreckten endgültig zurück, als Agartz deutlich machte, dass er mit seinem Oppositionskurs auch öffentlich weiter machen wollte. Ende November 1955 veröffentlichte die linksoppositionelle *Andere Zeitung (AZ)* „Briefe für Agartz – Briefe an Agartz“, die sie von diesem zur Verfügung gestellt bekommen hatte, unter denen sich auch der Brief eines hohen Diplomaten befand, der ausgesprochen scharf mit dem Zustand der Gewerkschaftsbewegung ins Gericht ging.²⁵ Und am 12. Dezember 1955 formulierte Agartz in einem Brief an Walter Freitag seine ganze Enttäuschung über die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung zu einem rein verwaltungsmäßigen Funktionsapparat, der „die sich aus einer klassenmäßigen Bewegung ergebende unabdingbare und verpflichtende politische Berufung“ missachte, und zu einer „geistige(n) Leere und Öde“ führe, die „eines Tages von außen aufgefüllt (wird), ein Prozess, dessen Zeuge wir schon einmal gewesen sind“. Die nun getroffene Entscheidung, so Agartz in Anspielung auf die Vorruhestandsregelung, „gibt mir die persönliche politische Freiheit, sie enthebt mich der Verantwortung gegenüber einem Apparat. Sie bindet mich aus den erkennbaren Gefahren innerlich stärker an die Gewerkschaftsbewegung, für die ich über ein Menschenalter tätig sein konnte.“²⁶

Solcherart alarmiert, verhandelte der DGB-Bundesvorstand nach und verlangte von Agartz eine Loyalitätserklärung innerhalb der Vorruhestandsregelung, die er dann auch prompt verletzt sah, als dieser der *AZ* im Februar 1956 ein Interview gewährte, in der er den besorgniserregenden Zustand der Gewerkschaften offen, aber nicht undiplomatisch,

23 So wurden der DGB und Agartz nach dessen Beurlaubung mit unzähligen Protestschreiben und Solidaritätsbeweisen unter anderem auch von Ost- wie Westkommunisten überhäuft. Und Mitte 1956 erschien eine Broschüre mit ausführlichen Auszügen aus Agartz' Reden und Schriften (Was sagt jedem Arbeiter der Kollege Dr. Victor Agartz?, Essen 1956), zu der Agartz in einem Brief an den DGB-Bundesvorstand Ende April 1956 deutlich machte, dass er weder direkt noch indirekt etwas mit ihr zu tun hatte. SAPMO-BA NY 4104, NL Agartz, 4, Bl. 97.

24 Schönhoven/Weber (Hg.): Quellen, Bd. 11, S. 759 ff.

25 „Einheitsgewerkschaft in der Krise. Briefe für Agartz – Briefe an Agartz“, in: *AZ*, 24.11.1955. Bei dem Diplomaten handelte es sich um Stephan Hartenstein (Mühlheim an der Ruhr). Vgl. den Briefwechsel Agartz-Hartenstein im Agartz-Nachlass: SAPMO-BA NY 4104/3.

26 SAPMO-BA NY 4104, NL Agartz, 4, Bl. 69 ff.

anspruch und die Herausgabe einer neuen Zeitschrift für Gewerkschaftsfragen ankündigte.²⁷ Der DGB hatte bereits im September 1955 allen seinen Funktionären eine Mitarbeit an der Zeitschrift verboten, da er auch diese für eine Tarnorganisation der Kommunisten hielt.²⁸

Mit dem Ausscheiden von Agartz, Horn und Pirker aus dem WWI war der gleichsam erste Anlauf der „Gruppe Agartz“ gescheitert und die Rolle einer hoch politisierten und auf die Neuordnung der Gesellschaftsstrukturen ausgerichteten, kämpferischen Gewerkschaftsbewegung ausgespielt. Die westdeutschen Klassenkämpfe veränderten ihr politisches und ökonomisches Gesicht, der gewerkschaftliche Radikalismus machte einem gewerkschaftlichen Aktivismus Platz. Trotz der zweifellos zu verzeichnenden sozialökonomischen Erfolge dieses neuen, sich in Otto Brenner und der IG Metall symbolisierenden gewerkschaftlichen Aktivismus – die Löhne stiegen merklich und die Arbeitsbedingungen verbesserten sich spürbar – bleibt jedoch offensichtlich, dass diese Erfolge vor dem Hintergrund einer „Entpolitisierung“ der gewerkschaftlichen Klassenkämpfe und einem parallel dazu verlaufenden, verschärften Anpassungsprozess der sozialdemokratischen Partei zu sehen sind.

Das (etwas andere) Netzwerk

Was jedoch wie das unrühmliche Ende einer steilen Karriere aussah, wurde zum politischen Neubeginn, zum gleichsam dritten Leben des Viktor Agartz, denn zur gleichen Zeit war Bewegung in die internationale politische Szene gekommen. Der Prozess der antikolonialen Revolutionen hatte durch die Konferenz von Bandung im April 1955 Auftrieb bekommen, auf der der dissidente Kommunist Tito (Jugoslawien) und die antikolonialen Befreiungsnationalisten Nasser (Ägypten) und Nehru (Indien) die Organisation der blockfreien Staaten begründeten und einen „dritten Weg“ jenseits der beiden Machtblöcke in Ost und West beschreiten wollten. In der so genannten zweiten Welt, den sich auf den Sozialismus berufenden Ostblockstaaten, setzte sich nach Stalins Tod 1953 langsam eine Periode des „Taufwitters“ durch, eine Ära der Entstalinisierung, die alte linke Hoffnungen auf eine Selbstreformation des bürokratischen Herrschaftsystems nicht nur im Osten, sondern ebenso im Westen Europas und Deutschlands weckte und sich mit dem ganzen aufgeregten Unmut von westdeutschen Radikal- und Sozialdemokraten und heimatlosen Linksozialisten verband. Dieser Unmut fand nun neue Ausdrucksmöglichkeiten – nicht in Form neuer Organisationen, sondern in Form neuer Zeitschriftenprojekte, um deren Zusammenhänge herum sich eine neue Linke herauszukristallisieren begann.²⁹

27 Die Schwäche der Gewerkschaftspolitik (1956), in Viktor Agartz: Partei, Gewerkschaft und Genossenschaft (Hg. Hans Willi Weizen), Frankfurt am Main. 1985, S. 93 ff.

28 Krämer, S. 78.

29 Diese linke Neuformierung war bis vor kurzem vollkommen verdrängt. Die einzige systematische Studie war bisher eine englische: William David Graf: *The German Left since 1945. Socialism and Social Democracy in the German Federal Republic*, Cambridge 1976. Mit Gregor Kritidis' jüngst erschienener, oben angeführter Studie über die linkssozialistische Opposition in der Adenauer-Zeit hat sich dies gründlich gewandelt. Reichhaltiges Material findet sich auch bereits in Kapitel 5 meiner Studie: *Sozialistisches Strandgut. Leo Kofler – Leben und Werk (1907–1995)*, Hamburg 2007.

Unter der federführenden Leitung von Viktor Agartz erschien seit März 1956 in Köln die *WISO*, die *Korrespondenz für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften*, in der fortan alle zwei Wochen Beiträge vor allem zur politischen Ökonomie des westdeutschen und europäischen Nachkriegskapitalismus, zur Gewerkschaftspolitik, dem sozialökonomischen Alltagsleben und zu Fragen der marxistischen Theorie veröffentlicht wurden. Es gelte, so das Editorial der ersten Ausgabe, „das wirtschaftliche und soziale Zeitgeschehen kritisch zu beleuchten“, denn „(a)lle Anzeichen deuten daraufhin, dass die europäische Gesellschaft an den kritischen Punkten ihrer Nachkriegsentwicklung angelangt ist“.³⁰ Mit an Redaktionsbord waren die beiden ebenfalls aus dem WWI entlassenen Walter Horn und Theo Pirker, die Linkssozialisten Wolfgang Abendroth und Leo Kofler sowie der junge, erst später bekannt gewordene Werner Hofmann. Das Renommee des Herausgebers und die Qualität der in der *WISO* veröffentlichten Beiträge machten das Blatt schnell zu einem intellektuellen Zentrum der damaligen linkssozialistischen Gewerkschaftsopposition, obwohl die Gewerkschaftsführungen das ihnen mögliche taten, um die Verbreitung der *WISO* zu behindern.

Bereits anderthalb Jahre zuvor hatte sich Ende 1954, zur Zeit des Frankfurter DGB-Kongresses, die *Sozialistische Politik (SoPo)* gegründet, in der die sozialdemokratische Linke um Peter von Oertzen, Erich Gerlach und Wolfgang Abendroth mit den deutschen Trotskisten um Willy Boepfle und Georg Jungclas zusammenarbeitete.³¹

Richtete sich die *WISO* vor allem an die gewerkschaftliche Linke, die *SoPo* stärker an die sozialdemokratische Partei-Linke, so erreichte die erstmals im Mai 1955 in Hamburg erscheinende neue 16-seitige Wochenzeitung *Die Andere Zeitung (AZ)* ein breites Massenpublikum und wurde damit zum Zentralorgan des neuen Unmuts.³² Es gelang den beiden Herausgebern und Chefredakteuren Gerhard Gleissberg und Rudolf Gottschalk – beide bis dahin langjährig leitende Redakteure des sozialdemokratischen Zentralorgans *Vorwärts*, die wegen der zunehmenden Anpassungspolitik der SPD zurücktraten – nicht nur, mit Viktor Agartz, Wolfgang Abendroth, Theo Pirker, Fritz Baade, Kurt Hiller, Fritz Kief, Leo Kofler, Rudolf Küstermeier, Walter Möller u. a. die damals namhaftesten Linksintellektuellen Stück für Stück um das Blatt zu sammeln. Sie schafften es auch, diese bunte Mischung zu einem exponierten Blatt der politischen Opposition zu machen, das in hoher Auflage zu einem wirklichen Massenblatt wurde. Startete die erste Ausgabe der neuen Zeitung mit einer Auflage von 18.000 Stück, wurde die Auflage bereits bei der zweiten Ausgabe auf 21.000 herauf gesetzt, Tendenz steigend. Es gibt durchaus glaubwürdige Hinweise – wenn auch keinerlei gesicherte Zahlen –, dass die Auflage zeitweise bei 50.000–80.000 Stück gelegen haben soll.

30 Zur Einleitung, in: *WISO. Korrespondenz für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften*, Heft 1, 15.3.1956, S. 1.

31 Zur Geschichte der *SoPo* vgl. außer der genannten Studie von Gregor Kritidis (und einigen kleineren Aufsätzen anderer Autoren) dessen leider unveröffentlichte Diplomarbeit: *Die Neuorientierung der sozialistischen Linken in der Bundesrepublik während des Kalten Krieges – am Beispiel der Zeitschrift „Sozialistische Politik“*, Hannover 2000.

32 Zur Geschichte der *Anderen Zeitung* fehlt bisher jede wissenschaftliche Beschäftigung. Vgl. einzig Jünke, Kofler, Kapitel 5.

Der publizistische Erfolg der *AZ* war gerade auch innerhalb der sozialdemokratischen Parteimitgliedschaft so beträchtlich, dass die SPD-Parteiführung über ihre Publizistik und andere Kanäle von Beginn an eine umfassende Kampagne startete, in der sie die *AZ* der Finanzierung durch Ostberlin bezichtigte und als kommunistische Tarnorganisation denunzierte. Die *AZ* sah sich dagegen als „dritte Kraft“, um die im Kalten Krieg erstarrten Fronten aufzulösen, sprach sogar explizit von einer „Neuen Linken“.

War die alte Nachkriegs-SPD durch die programmatischen Adjektive antifaschistisch, antimilitaristisch, antikapitalistisch und antikommunistisch gekennzeichnet, so blieb die *AZ* nach dem programmatischen Rollback der SPD den ersten dreien konsequent treu, während sie sich von jenem Antikommunismus deutlich zu distanzieren begann, der immer offensichtlicher nicht nur zur Abwehr einer deutschen Wiedervereinigung, sondern mehr noch zur Abwehr jedweder sozialistischer Bestrebungen instrumentalisiert wurde. Dass dabei mangelnder Antikommunismus kein Indiz für mangelnden Antistalinismus bedeutete, zeigten in der *AZ* der ersten Jahre zahlreiche namhaften Autoren, in erster Linie Kurt Hiller, Fritz Kief und Leo Kofler, die mit ihren regelmäßigen Artikeln teilweise heftige und umfangreiche Debatten auslösten. Der jedes Stalinismus unverdächtige Fritz Lamm jedenfalls feierte in der linkssozialistischen Monatszeitschrift *Funken* die Gründung der *AZ* euphorisch: Es sei „Wirklichkeit geworden, was uns seit Jahren ein Wunschtraum war. Noch vor wenigen Wochen hatten wir eine so lebendige, wirklichkeitsnahe, sachlich pointierte, spritzig glossierte Wochenzeitung nicht für möglich gehalten. Endlich gibt es eine Zeitung für die Opposition.“³³

Dass diese neue Opposition nicht ohne schwerwiegende politische Differenzen war, machte bspw. die *SoPo*-Redaktion deutlich, als sie die *AZ* 1956 wegen fehlender glaubwürdiger politischer Grundlagen und Perspektiven kritisierte: „Jeder Sozialist, der die bürgerliche Gesellschaft mit aller Kraft angreift, muss die Frage beantworten können: Wenn Du ein revolutionärer Kritiker des Kapitalismus sein willst, warum gehst Du dann nicht zur KPD, die doch – anscheinend – in ihrer Kritik dasselbe Ziel anvisiert? Die Antwort auf diese entscheidende Frage ist die *AZ* ihren Lesern und der Partei schuldig geblieben.“³⁴ Einmal mehr war es die Frage der Haltung zur Sowjetunion (und zu Ost-Berlin) und zu den mit dieser politisch, sozial und psychologisch aufs engste verbundenen Westkommunisten, der einen Keil zwischen die verschiedenen Strömungen der sozialistischen Linken trieb. Trotzdem kam es unter den Bedingungen der Entstalinisierung zu einem nennenswerten Aufbrechen nicht nur in sozialdemokratischen, sondern auch in kommunistischen Kreisen, der zum Aufstieg eines stärker „Einheitsfront“-orientierten Milieus führte und eine Neuformierung der sozialistischen Linken unmittelbar möglich erscheinen ließ.

Eine Parteigründung wurde in diesem Zusammenhang im Allgemeinen abgelehnt, ein neuer organisatorischer Kern schälte sich aber dennoch heraus. Im März 1956, im selben

33 Nach Karljo Kreter: Sozialisten in der Adenauer-Zeit. Die Zeitschrift „Funken“ – Von der heimatlosen Linken zur innerparteilichen Opposition in der SPD, Hamburg 1986, S. 146.

34 S.B. [Siegfried Braun] & P.v. Oe. [Peter von Oertzen]: Die „Andere Zeitung“ und die SPD, SOPO, Heft 7, Juli 1956.

Monat, in dem die erste Ausgabe der *WISO* erschien, hatte sich in Paris die britisch-französische „Internationale Gesellschaft für sozialistische Studien“ (IGSS) gegründet. Als Präsident verantwortlich zeichnete der damals weithin bekannte britische Historiker G. D. H. Cole, der in der heutigen Literatur zur Neuen Linken als einer der Brückenbauer zwischen „alter“ und „neuer“ Linker betrachtet wird.³⁵ Man verstand sich in der Tradition der britischen Fabier explizit nicht als Parteiorganisation, sondern als Intellektuellenzusammenschluss für Gedankenaustausch und internationalen Kontakt. Erklärtes Ziel war die Neubelebung des sozialistischen Denkens und die Überwindung der allgemeinen opportunistischen Verflachung. Diesem Ziel sollten die Produktion und der Vertrieb von Flugschriften zur gemeinsamen Diskussion und die Erarbeitung eines zeitgenössischen sozialistischen Grundsatzprogramms dienen. Sozialismus begriff man dabei wesentlich als internationale Bewegung, die die rassistische und nationale Diskriminierung, Kolonialismus und Imperialismus „in jedem Teil der Welt“ ablehnte. Sozialismus bedeute mehr als Wohlfahrtsstaat und ziele auf die völlige Beseitigung der Klassenunterschiede, die Zusammenarbeit der Völker und die Errichtung einer klassenlosen Gesellschaft. Und Sozialisten seien „Gegner des Krieges und aller Machtblöcke, die durch ihr Vorhandensein die Welt in bewaffnete feindliche Lager spalten und den Reichtum der Völker für Kriegsvorbereitungen verschwenden“.³⁶

Ein halbes Jahr später, am 21. Oktober 1956, wurde in Hamburg die deutsche Sektion dieser Internationalen Gesellschaft gegründet. Und ihr erster deutscher Sektionsvertreter wurde niemand Geringeres als Viktor Agartz. Vorstandsmitglieder neben Agartz waren Gerhard Gleissberg, Fritz Kief und andere einflussreiche Aktivisten der sozialdemokratischen und sozialistischen Linken, die parallel auch in der *AZ* schrieben. Als erstes veröffentlichte die deutsche IGSS-Sektion die Broschüre *Ein neues Bekenntnis zum Weltsozialismus* ihres Präsidenten G. D. H. Cole. Dann folgten Broschüren von Leo Kofler und Viktor Agartz.

Was sich hier seit 1955 entwickelte und auch den gesellschaftspolitischen Hintergrund der „Agartz-Affäre“ bildete, war ein neues Netzwerk von Gruppen und Personen, das zusammen mit älteren „etablierten“ Zeitschriften wie *Funken* und *Arbeiterpolitik* ein besonderes Milieu von enttäuschten und radikalisierten Sozialdemokraten, von Radikaldemokraten, selbstkritischen Kommunisten und heimatlosen Linksozialisten aus der Tradition der Zwischenkriegsgruppen bildete. Deren Exponenten kann und muss man die erste, von der Geschichtsschreibung weitgehend verdrängte Generation jener Neuen Linken nennen, die erst zu Beginn der 1960er Jahre, dann unter Federführung einer neuen zweiten Generation zu einem stehenden Begriff werden sollte.³⁷ Viktor Agartz, der bekannte Gewerkschaftstheoretiker und -aktivist; Wolfgang Abendroth, der versierte Jurist, politische Journalist und erfahrene sozialdemokratische Parteiaktivist; Leo Kofler, der marxistische Theoretiker und „Wanderprediger“; Theo Pirker, der unorthodoxe Gewerkschaftsaktivist mit ebenso historischem Sinn wie organisatorisch-politischem Gespür; Fritz Lamm, der mit strategischem Sinn und persönlichem Gespür eine Zeitschriftenorganisation zu leiten verstand; Gerhard Gleissberg,

35 Michael Kenny: *The first New Left. British Intellectuals after Stalin*, London 1995.

36 Vgl. Jünke, Kofler, S. 368 f., sowie Kritidis: *Linksozialistische Opposition*, S. 386 ff.

37 Vgl. Jünke, Kofler, Kapitel 5 sowie Kritidis: *Linksozialistische Opposition*, Teil 2.

der sozialdemokratische Zeitungsprofi und Chefkommentator – sie alle waren zwar nur die gleichsam erste Reihe der westdeutschen sozialistischen Linken marxistischer Prägung, doch schon ihre Namen signalisieren, dass es dieser „Neuen Linken“ nicht an fähigen Aktivisten mangelte.³⁸

Es fehlte ihnen auch nicht – mindestens zunächst nicht – an der nötigen politischen Konjunktur. Chruschtschows im Februar 1956 auf dem 20. Parteitag der KPdSU gehaltene Geheimrede öffnete weltweit Millionen von Kommunisten für die Erschütterungen über die Verbrechen des Stalinismus und die Suche nach einem emanzipativen Reformsozialismus – sei es im ungarischen Petöfi-Kreis um Georg Lukács u. a. oder in der DDR um Wolfgang Harich, Walter Janka, Ernst Bloch, Gerhard Zwerenz u. a.; sei es in der britischen Kommunistischen Partei um Edward P. Thompson, John Saville u. a. oder, in der französischen Partei, Henri Lefebvre u. a. Heimatlos gewordene Sozialisten, Intellektuelle und radikale Demokraten machten sich auf den so genannten „Dritten Weg“ – „Zurück zu Marx!“, wie es hieß und vorwärts in die neue Zeit des sozialstaatlichen Konsenskapitalismus.

Ihnen entgegen standen dagegen das restaurativ-repressive Klima der Hochzeit des Kalten Krieges und die weltökonomische Konjunktur. Gerade in Westdeutschland verdichteten sich diese gesellschaftlichen Tendenzen auf besondere Weise. Das für den Nachkriegskapitalismus zentrale fordistische Akkumulationsmodell hatte in den erneuerten Produktionsgrundlagen der BRD, seiner ökonomischen und politischen Stabilität, seinem hohen Qualifikationsniveau, seiner Arbeitsdisziplin und seinem kooperativen Politiktypus günstige Voraussetzungen gefunden und wurde durch Exportorientierung und die damit verbundene Integration in die boomende Weltwirtschaft erfolgreich abgestützt. Mitte der 1950er Jahre war die strukturelle Arbeitslosigkeit beseitigt und die Ökonomie brummte. Westdeutschland war nicht nur Teil jenes „goldenen Zeitalters“, das „die dramatischste, schnellste und tiefgreifendste Revolution in den menschlichen Beziehungen und im Verhalten des Menschen begonnen und weitgehend auch vollzogen (hat), von der die Geschichte weiß“ (Eric Hobsbawm³⁹). Es war sogar ein treibendes Element desselben. Die Mehrheit der Bevölkerung begrüßte die neue Zeit des Konsums und hatte sich mit dem Adenauerregime arrangiert. Und dort, wo dieser epochale Umbruch und der durch ihn beflügelte sozialdemokratische Integrations- und Anpassungskurs Unmut auslöste, wurde er nachhaltig ausgegrenzt und kriminalisiert.

- 38 Leben und Werk dieser zumeist verdrängten Denker und Aktivisten werden in jüngster Zeit zunehmend erforscht. Vgl. außer dem umfassenden Überblick bei Kritidis: Linkssozialistische Opposition vor allem Jünke: Kofler; Richard Heigl: Oppositionspolitik. Wolfgang Abendroth und die Entstehung der Neuen Linken (1950–1968), Hamburg 2008; Michael Benz: Der unbequeme Streiter Fritz Lamm. Jude, Linkssozialist, Emigrant 1911–1977. Eine politische Biographie, Essen 2007; Knud Andresen: Widerspruch als Lebensprinzip. Der undogmatische Sozialist Heinz Brandt (1909–1986), Bonn 2007; Mario Kessler: Ossip K. Flechtheim. Politischer Wissenschaftler und Zukunftsdenker (1909–1998), Köln 2007.
- 39 Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München/Wien 1995, S. 362.

Die Kriminalisierung

Im August 1956, ein halbes Jahr nach dem 20. Parteitag, während die Entstalinisierung in Polen und Ungarn in Volkserhebungen gegen die kommunistischen Regime umkippte, erklärte das Bundesverfassungsgericht, dass die KPD verfassungsfeindliche Ziele verfolge und deswegen verboten werde. Die in dieser Form neue innenpolitische Grenzziehung leitete die umfassende Kriminalisierung des kommunistischen Milieus ein, vertiefte den Graben zwischen kommunistischen und linkssozialistischen Strömungen und erleichterte die nach der gewaltsamen Niederschlagung der osteuropäischen Aufstände um sich greifende Restalinisierung. Darauf schließlich konnte im Jahre 1957 der in seiner gesellschaftspolitischen Bedeutung zumeist vollkommen unterschätzte Landesverratsprozess gegen Viktor Agartz aufbauen.⁴⁰

Im März 1957, während der Bundestagswahlkampf (CDU: „Keine Experimente“) in seine heiße Phase ging und genau ein Jahr nach dem erfolgreichen Start der *WISO*, wurde ihr Hirn und Arm verhaftet. Der Haftbefehl bezichtigte Agartz des Verstoßes gegen das KPD-Verbot und der Rädelsführerschaft in einer verfassungsfeindlichen Organisation sowie der verfassungsverräterischen Verbindung zum ostdeutschen Gewerkschaftsbund FDGB. Grundlage der Anklage waren die Aussagen eines KPD-Mitgliedes, der als Geldkurier am 20. März 1957 an der deutsch-deutschen Zonengrenze in Helmstedt festgenommen worden war, weil er 22.000 DM im Kofferraum mit sich führte, und ausgesagt hatte, dass dieses Geld für Viktor Agartz und dessen *WISO* bestimmt seien.

In Untersuchungshaft sitzend gab Agartz umgehend zu, für ein umfangreiches Pauschalabonnement der *WISO* monatlich ca. 10.000 DM erhalten zu haben, zum Zeitpunkt der Verhaftung insgesamt 130.000 DM. Agartz bestritt jedoch jede persönliche oder politische Abhängigkeit und verwahrte sich gegen den Vorwurf, er sei ein Fellow Traveller der Kommunisten. Das sahen bürgerliche und sozialdemokratische Medien jedoch anders und berichteten monatelang ganz im Sinne der Staatsanwaltschaft über den vermeintlich kommunistisch gewendeten Ex-Sozialdemokraten. Der kommunistische Sumpf, so der mediale Tenor in der vom Wahlkampf aufgeheizten deutschen Öffentlichkeit, müsse endlich auch in den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie trocken gelegt werden.

In der 69-seitigen Anklageschrift der Hauptverhandlung am 25. November 1957 vor dem Bundesgerichtshof in Karlsruhe – Adenauer hatte die Bundestagswahlen im September mit deutlicher Mehrheit gewonnen – war von der Rädelsführerschaft in einer verfassungsfeindlichen Organisation und dem Verstoß gegen das KPD-Verbot schon keine Rede mehr. Einzig der Vorwurf des Landesverrates und der verfassungsverräterischen Verbindung zum FDGB wurde noch aufrechterhalten. Agartz' Verteidiger, niemand Geringeres als der ehemalige Bundesminister und spätere Bundespräsident Gustav Heinemann mit seinem jungen

40 Zum Landesverratsprozess vgl. vor allem Jürgen Treulieb: Der Landesverratsprozess gegen Viktor Agartz. Verlauf und Bedeutung in der innenpolitischen Situation der Bundesrepublik auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges, 2 Bde., Münster 1982; aber auch Hermann: Verraten und verkauft sowie Diether Posser: Anwalt im kalten Krieg. Ein Stück deutscher Geschichte in politischen Prozessen 1951–1968, München 1991, S. 195–212.

Kollegen Diether Posser, hatten vergleichsweise leichtes juristisches Spiel nachzuweisen, dass Viktor Agartz trotz seines faktischen Vergehens ein wirklich unabhängiger, nicht zu korrumpierender Geist war, der seine finanzielle Verbindung nicht in verfassungsverräterischer Absicht aufgenommen hatte. Die Ausführungen der Verteidiger und die umfangreichen Zeugenaussagen von gestandenen Antistalinisten wie Theo Pirker oder Wolfgang Abendroth konnten die richterliche Skepsis über solcherart Gesinnungsprozess nur bestärken. Aufgrund ernsthafter Zweifel, dass Agartz sich in die politischen Bestrebungen des FDGB habe eingliedern lassen, wurden er und seine mitangeklagte Sekretärin Ruth Ludwig am 13. Dezember 1957 aus Mangel an Beweisen frei gesprochen.

Es blieb jedoch ein Pyrrhussieg, denn, wie die *Welt* am Tage nach der Urteilsverkündung treffend schrieb: „Agartz verlässt Karlsruhe als freier, aber politisch toter Mann.“ Die Medienkampagne war auf fruchtbaren Boden gefallen: Eine Solidarisierung aus dem nicht-kommunistischen Bereich, von bürgerlichen Medien, SPD und Gewerkschaften fand nicht nur nicht statt, SPD und Gewerkschaften distanzieren sich sogar öffentlich von ihrem vermeintlich gefallenem Sohn und unterstützten die Kampagne nach Kräften.

Agartz selbst war nun weitgehend kompromittiert, die „Gruppe Agartz“ zerfallen und der Versuch einer gemeinsamen Plattformbildung der Linken innerhalb der Gewerkschaften und SPD gescheitert. Die deutsche Sektion der Internationalen Gesellschaft für sozialistische Studien zerfiel ebenso wie die den linken Aufschwung tragenden Zeitschriftenprojekte. Nach erneuten Versuchen, aus der politischen Defensive und der eigenen desolaten Situation herauszukommen, gingen die *Funken* und die *Arbeiterpolitik* 1959 ein. Auch die *SoPo* veränderte sich personell und konzeptionell. Die *AZ* schließlich verlor mit der Redogmatisierung der kommunistischen Bewegung und der zunehmend aggressiveren Anfeindung antistalinistischer Nonkonformisten wie Hiller, Kief und Kofler ihre Brückenfunktion zwischen den Strömungen und geriet 1957/58 immer spürbarer ins politische und finanzielle Fahrwasser Ostberlins. Insgesamt verloren die Zeitschriften der „linken Linken“ große Teile ihrer Leserschaft, ihre Organisationen große Teile ihrer Mitgliedschaft.

Die letzten Jahre

Mit dem weitgehenden Zerfall dieses linken Netzwerkes fand der politisch-organisatorische Zyklus eines um die SPD zentrierten und aus den Vorkriegs- und unmittelbaren Nachkriegstraditionen der radikalen Arbeiterbewegung sich speisenden Linkssozialismus der 1950er Jahre seinen Abschluss. Erst dieser linkssozialistische Zusammenbruch der Jahre 1957/58 machte den Weg frei für die geschichtsträchtige Transformation der SPD in eine bürgerliche Reformpartei, symbolisiert durch ihren Bad Godesberger Parteitag 1959 und die anschließende Umsetzung dieser neuen Linie auch in der Gewerkschaftsbewegung. Das Verhältnis von Theorie und Praxis in der Arbeiterbewegung war, wie es Agartz Anfang 1959 ausdrückte, „vorerst ... zerfallen“.⁴¹

41 Bemerkungen zum Programm der SPD, in: WISO, Heft 5/1959, S. 201–216, hier S. 215.

Doch wie reagieren Linke im Allgemeinen auf einen solch tief greifenden politischen Zusammenbruch? Viele ziehen sich, wie Peter Cardorff in seinen „Studien über Rationalismus und Irrationalismus in der sozialistischen Bewegung“ aufgezeigt hat,⁴² nach der Erschütterung ihres linken Geschichtsoptimismus aus der Politik zurück und „privatisieren“: Theo Pirker war Ende der 1950er Jahre hierfür ein prominentes Beispiel. Viele ordnen sich aber auch den vermeintlichen Sachzwängen der kapitalistischen Verhältnisse unter, verloren ihr emanzipatives Ziel aus den Augen und wurden zu Propagandisten sanfter Reformen – wofür damals niemand geringeres als Herbert Wehner ein prominentes Beispiel war. Manche suchen am Rande der großen linken Organisationen einen bescheidenen Platz für sich, um, wie es heißt, zu „überwintern“: Wolfgang Abendroth, Fritz Lamm und die deutschen Trotz-kisten sind Ende der 1950er Jahre prominente Beispiele für diese Haltung. Und manche trösten sich, indem sie ihren politischen Bezugsrahmen von den nationalen zu den internationalen Klassenkämpfen verschieben. Nicht nur die radikalen Studenten der 1960er Jahre, die sich an die Kämpfe der so genannten Dritten Welt anlehnde „Neue Linke“, sind dafür ein Beispiel. Auch für Viktor Agartz und den *AZ*-Macher Gerhard Gleissberg galt dies. Nur standen die beiden für eine Bezugsrahmenverschiebung zur kommunistischen Weltbewegung im Osten, d. h. für eine Anlehnung, wie es Agartz selbst ausdrückte, an die revolutionären Prozesse „von der Elbe bis Peking“.⁴³

Agartz war auch nach dem Prozess noch ein gefragter Redner.⁴⁴ Er gab weiterhin die *WISO* als Zweiwochenzeitschrift heraus, nun mit neuem Mitarbeiterstamm, verbesserter Gestaltung und ohne weitere Skrupel, was die indirekte Finanzierung mittels Ost-Berliner Pauschal-Abonnements anbelangt. Er versuchte, wie er 1963 in einem Brief schrieb, „ein wissenschaftliches, (...) sozialistisches Institut aufzubauen, weil ich den unpolitischen Arbeiter gesellschaftlich als eine Gefahr sehe. Ein solches Unterfangen ist nur mit Hilfe östlicher Länder, materialmäßig, durch Mitarbeit der Universitäten und auch geldlich möglich.“⁴⁵

Doch die strategische Überlegung seiner Annäherung an die Kommunisten – genauer: an die Politik der ostdeutschen Kommunisten, denn für die westdeutsche KPD hatte er an sich nur Spott übrig – ging durchaus weiter, wie er Mitte 1959 deutlich machte: „Die politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung ist heute ohne Führung im sozialistischen Sinne. Die Mitgliedschaft gleicht einem statischen Körper, der der Führung, dem Apparat, als ökonomische und gesellschaftliche Basis dient. Jede Diskussion, die der klassenpolitischen Aufklärung dient, wird unnachsichtlich geahndet, um die organisatorische Basis, die eigene Erwerbsposition, nicht zu gefährden. Trotzdem befinden sich Teile der Arbeiterschaft

42 Peter Cardorff: Studien über Irrationalismus und Rationalismus in der sozialistischen Bewegung. Über den Zugang zum sozialistischen Handeln, Hamburg 1980, S. 264 ff.

43 Die ideologischen und soziologischen Wandlungen in der westdeutschen Arbeiterbewegung, in *WISO*, Heft 11/1959, zit. nach ders.: Gewerkschaft und Arbeiterklasse, München 1971, S. 81

44 Die letzten Jahre von Viktor Agartz sind weitgehend eine Forschungsleerstelle, da im Allgemeinen die Meinung von Hans-Peter Riesche vorherrschte, der schreibt, dass Agartz Leben und Werk nach 1955 „ohne weitere Bedeutung für die Geschichte der Republik [sei], Kristallisationskern für Gruppen von Sektierern“ (Riesche, S. 60).

45 SAPMO-BA NY 4104, NL Agartz, 86, Bl. 196f.

in Unruhe und Bewegung. Zwischen Führung und Masse besteht ein Bruch des Vertrauens, der sich zum Beispiel in der Frage der Atombewaffnung oder der innerdeutschen Verständigung bemerkbar macht. In diesem Stadium der Stagnation, aber einer glimmenden Glut unter der Asche, fällt den sozialistischen Staaten eine Aufgabe zu, auf die internationale Arbeiterbewegung durch die Art und den Inhalt ihres sozialistischen Aufbaus auszustrahlen.⁴⁶

Mit analytischer Schärfe, aber auch einer ingrimmigen, gelegentlich ins verschwörungstheoretische kippenden Wut, vertiefte und radikalisierte Agartz in den späten 1950er Jahren seine *WISO*-Analysen zur politischen Ökonomie des Nachkriegskapitalismus und prangerte die Integration der Arbeiterorganisationen in den spätbürgerlichen Staat – in Gestalt der SPD – und die spätbürgerliche Gesellschaft – in Form des DGB – an. Als einer der Ersten, Gründlichsten und Originellsten hat er dabei nicht nur das so genannte deutsche Wirtschaftswunder analysiert, sondern auch die Formen der Verflechtung von Staat und Gesellschaft im aufkommenden Sozialstaat untersucht. Mit den Kommunisten teilte er die intellektuelle Tradition einer Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, hatte dabei aber mehr den sozialdemokratischen Vordenker Rudolf Hilferding im Kopf als die neuen sowjetischen Theoretiker. Und er kombinierte seine in den damaligen Aufsätzen so machtvoll entfaltete Sicht auf diesen neuen staatsmonopolistischen Kapitalismus mit einem gewissen Linksradikalismus, der nicht wie die Kommunisten auf ein „Volksfront“-Bündnis mit dem Kleinbürgertum setzte, sondern auf die Rekonstruktion einer autonomen, antibürgerlichen und klassenkämpferischen Arbeiterbewegung. Das gab ihm seine für Anhänger der sozialen Marktwirtschaft und Vertreter der Konsensdemokratie noch heute so schwer verdauliche Note, ist aber gerade deswegen seit den 1970er Jahren immer wieder zum Referenzpunkt linker Opposition innerhalb der Gewerkschaftsbewegung geworden.

Dem damals aufkommenden Mythos von der nivellierten Mittelstandsgesellschaft ist Agartz jedenfalls nicht aufgesessen. Seine Kritiken des aufkommenden Konsenskapitalismus sind auch heute noch eine erfrischende Herausforderung scheinbarer ideologischer Selbstverständlichkeiten. Entsprechend gibt es Formulierungen, die heute von besonderer Aktualität sind, beispielsweise seine Sicht auf den Begriff der sozialen Gerechtigkeit: „Es ist aber seit Thomas von Aquin, der sie verwendete, ohne sie inhaltlich zu erläutern, noch niemandem geglückt, zu erklären, was unter sozialer Gerechtigkeit verstanden werden soll. Der Sozialist kann nur sagen, dass soziale Ungerechtigkeiten dann beseitigt sind, wenn es keine Klassen mehr gibt.“⁴⁷ Die Emanzipation der Klasse der Lohnarbeitenden, so Agartz, ist immer auch die Emanzipation vom ökonomischen Zwang zur Lohnarbeit, Gewerkschaftspolitik deswegen immer auch und nicht zuletzt ein politisches Mandat.

Viktor Agartz mag sich manchen Illusionen hingeeben haben und in manchem fehlgegangen sein – eine ausführliche Darstellung und Analyse seines nicht mehr greifbaren und zerstreuten Werkes steht noch immer aus – ein „Kommunist“ jedoch, gar ein Stalinist, ist er

46 Die ideologischen und soziologischen Wandlungen..., S. 88 f.

47 Viktor Agartz: Die deutschen Gewerkschaften in ihrer letzten Phase (1964), in ders.: Wirtschaft – Lohn – Gewerkschaft. Ausgewählte Schriften, Berlin 1982, S. 190

nie gewesen. Immer wieder würdigte er die realsozialistische Aufhebung des Privateigentums an gesellschaftlichen Produktionsmitteln, betonte jedoch im gleichen Atemzug, dass Sozialisten „niemals darauf verzichten können, diesen gewaltigen Entwicklungsprozess positiv, aber auch kritisch zu verfolgen. Die Kritik des Sozialisten kann aber nur den alleinigen Sinn haben, Fehler und Mängel aufzuzeigen, um den Aufbau einer sozialistischen Ordnung zu unterstützen, niemals aber, diesen Prozess zu zerstören.“⁴⁸ Dass die Tücken einer solch reformkommunistischen Kritik zumindest im Nachhinein offensichtlich sind – die vermeintlich sozialistische Ordnung war ihrer Arbeiterschaft keine kämpferische Verteidigung wert, die bürokratische Herrschaftsform war im Sinne eines emanzipativen Sozialismus nicht reformierbar –, ändert wenig daran, dass auch Agartz so manches Mal eine Zumutung für die östlichen Machthaber war. So berichtete die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* in einer Glosse Ende 1958 von einer wissenschaftlichen Konferenz in Ost-Berlin, auf der Agartz „vor dem wachsamem Studentenpublikum der Humboldt-Universität eine Menge propagandistischen Porzellans zerschlagen“ hat. „Unruhe“ und „Zurückhaltung“ habe sich auf dem Podium breit gemacht, als er vom unveränderten Anteil der Nettolöhne der Arbeiter und Angestellten am westdeutschen Sozialprodukt, von ihren Reallohnsteigerungen und der völligen Entschuldung des BRD-Staates infolge der Währungsreform sprach. Und er wurde daraufhin, wie die *FAZ* mit konservativ-souveränem Feingefühl registrierte, nicht mehr als Marxist, sondern nur noch als westlicher Sozialist bezeichnet, sein Beitrag als lediglich „interessant“ dargestellt.⁴⁹

Praktisch virulent wurden diese Differenzen zum Ende des Jahres 1960. Nach seinem Parteiausschluss aus der SPD im Dezember 1958 („wegen fortgesetzten parteischädigenden Verhaltens“, so Herbert Wehner in seinem offiziellen Brief an Agartz)⁵⁰ und seinem Ausschluss aus der IG Druck & Papier im Januar 1960 (es werde „geltend gemacht“, schrieben die Gewerkschafter, „dass Sie sich in ihrer Publizistik gewerkschaftszersetzend und damit gewerkschaftsschädigend verhalten“, auf dass „ein Keil zwischen die Mitgliedschaft und die Gewerkschaftsführung getrieben wird“)⁵¹ war er, erneut zusammen mit Gerhard Gleissberg, zum führenden Vertreter der Vereinigung unabhängiger Sozialisten (VUS) geworden, einem Zusammenschluss von aus der SPD Ausgeschlossenen und Ausgetretenen. Als sich diese jedoch schon kurz nach ihrer Gründung Ende 1960 auf die gerade entstehende, kommunistisch beeinflusste Deutsche Friedens-Union (DFU) zu orientieren begann, trat Agartz im April 1961 aus. Er vermisste die sozialistische Programmatik und die Ausrichtung auf die klassenkämpferische Arbeiterbewegung. „Wenn man dem Gemauschele dieser Union glauben soll, hätte Marx besser den Kommunistenbund nicht gegründet, sondern wäre sofort in einer Volksfront eingestiegen.“⁵² So formulierte er es jedenfalls in privaten Briefen, in denen er kaum ein Blatt vor den Mund nahm. Er berichtet dort von Auseinandersetzungen inner-

48 Die Gewerkschaften in der Zeitenwende, WISO Heft 17/1959, zit. nach Agartz: Gewerkschaft und Arbeiterklasse, S. 131 f.

49 „Agartz in Ost-Berlin“, in *FAZ*, 4.10.1958.

50 SAPMO-BA NY 4104, NL Agartz, 5, Bl. 1.

51 SAPMO-BA NY 4104, NL Agartz, 6, Bl. 31

52 SAPMO-BA NY 4104, NL Agartz, 28, Bl. 33.

halb der VUS und davon, dass er gezielt von Sitzungen fern gehalten und seine Unterschriften unter den veröffentlichten VUS-Erklärungen sogar gefälscht seien. Verantwortlich für all dies machte er „Störmanöver berufsmäßig tätiger Revolutions-Gangster“, bei denen es darum ginge, eine unabhängige sozialistische Linke nicht aufkommen zu lassen und ihn und die *WISO* – die es sich erlaubt hatte, die DFU ob ihrer politischen Strategie massiv zu kritisieren⁵³ – zu isolieren und „auffliegen zu lassen“.⁵⁴

Hierin sah er auch den Anlass für die im April 1961 vollkommen überraschend erfolgte Kündigung der ostdeutschen *WISO*-Pauschalabos durch die Ost-Berliner Interzonen-Handels-Firma Petermann sowie die parallel verlaufenden Kündigungen einschlägig bekannter Westadressen in einem Moment, als er offensichtlich gerade dabei war, die *WISO* mit einer speziellen Gewerkschaftsbeilage abermals zu erweitern. Die die *WISO* verlegende Fuldaer Verlagsgesellschaft kündigte ihm daraufhin zum Ende des Jahres 1961 – auch dies für Agartz ein Zeichen direkten Druckes aus Ost-Berlin. Im Vorfeld des Mauerbaus war es dort zur nachhaltigen Neuausrichtung der Westarbeit gekommen.

Ein westdeutscher Kleinverlag, der die *WISO* auch nach 1961 weiter hätte herausbringen wollen, fand sich zwar bald, doch Agartz' Hoffnung auf den Mailänder Links-Mäzen Giangiacomo Feltrinelli – nur über ihn konnten die für den Redaktionsbetrieb notwendigen Mitarbeiterstellen weiter finanziert werden – zerschlug sich im Januar 1962. Wolfgang Abendroths an Agartz unmittelbar nach seinem Landesverratsprozess ausgesprochene Warnung, dass er hätte „wissen müssen, dass SED und FDGB ihm eines Tages die Rechnung präsentieren würden“, hatte sich spätestens jetzt bewahrheitet.⁵⁵

Und auch wenn er sich am Ende dieses Weges noch immer zweckoptimistisch gab, neue Expansionspläne machte und in einem Brief an seinen geplanten Verleger schrieb, dass er es nützlich fände, „dass in immer stärkerem Maße die *WISO* vermisst und entbehrt“ werde, weil sich aus dieser Lage „zweifelsfrei Kräfte entwickeln (werden), die zu einer Aktivität drängen werden, zumal in einer Situation, die nie günstiger war als bisher“,⁵⁶ so waren seine politische wie persönliche Enttäuschung bereits unübersehbar. Ganz offiziell gesprochen las sich dies in einem Gespräch mit der *Welt* so: „Die sozialdemokratischen Parteien sind von Personen usurpiert worden, die zur Arbeiterbewegung keine Beziehung haben. Aus der SPD wird eine christlich-sozialdemokratische Union. Andererseits sind in der kommunistischen Theorie des Ostens Entartungserscheinungen festzustellen. Die Kommunisten können revolutionäre Entwicklungen nicht mehr ertragen, wie ihre Unsicherheit gegenüber den Vorgängen in Algerien und Kuba zeigt. Beide Prozesse, die Entideologisierung der Sozialdemokraten und die Erstarrung bei den Kommunisten, haben ein Vakuum geschaffen.“⁵⁷

53 Vgl. Gerhard Bessau: Situation und Chancen der DFU, sowie Arthur Seehof: Das Programm der DFU – Versuch einer Kritik, beide in *WISO* 5 (1961), S. 217–228, erschienen am 1. März 1961.

54 SAPMO-BA NY 4104, NL Agartz, 87.

55 Wolfgang Abendroth: Das Urteil im Prozess Agartz (1958), in ders.: Arbeiterklasse, Staat und Verfassung. Materialien zur Verfassungsgeschichte und Verfassungstheorie der Bundesrepublik, Frankfurt am Main. 1975, S. 121 ff.

56 SAPMO-BA NY 4104, NL Agartz, 82, Bl. 219 ff.

57 Zit. nach Weinzen: Vergessener Sozialist, S. 20.

Doch so scharf er dieses gesellschaftspolitische Vakuum verspürt und benannt hat („Die neue Partei ist objektiv notwendig, aber subjektiv noch nicht möglich“),⁵⁸ so wenig vermochte er es, sich gegen die neue depressive Welle im politischen Klassenkampfzyklus zu stemmen und neue Perspektiven zu eröffnen. Mit offensichtlicher Sympathie registrierte er zwar noch die Organisationsversuche einer Neuen Linken außerhalb Deutschlands – vor allem in Italien und Norwegen. Doch an ihren westdeutschen Vertretern, ob es linke „Sektierer“ wie die Brandleristen oder Trotzlisten oder junge SDS’ler und die in ihrer Fördergesellschaft um Abendroth und andere versammelten alten Linkssozialisten waren, konnte er kein gutes Haar mehr lassen, wie er in einem Brief vom August 1963 offenherzig schrieb: „Die heutigen Linken, die es in Wahrheit nicht gibt, singen ein Potpourri musikalischer Dissonanzen. Mit der Radikalität des Wortes treiben sie geistige Onanie. Diese Linken sind deshalb gefährlich, weil sie der Arbeiterschaft Hoffnung machen, sie warten lässt und die Arbeiter von jeder Aktivität abhält. Was soll ich mit diesen Gruppen anfangen? Meine Zurückhaltung wird dann als Verbitterung angesehen oder ich werde (...) als Primadonna bezeichnet.“⁵⁹

Mit der *WISO* hatte Viktor Agartz nun auch seinen Bezug zur politischen Welt fast vollständig verloren. Einzig durch gelegentliche Vortragsveranstaltungen kam er nach 1961 mit der sich in jenen Jahren tief greifend verändernden politischen Szene noch in Kontakt. Doch galt er als jemand, über den man gelegentlich gerne sprach. Davon zeugen die Personaliaspalten des damaligen *Spiegel* und andere Zeitungsberichte. Die *Süddeutsche Zeitung* bspw. schickte im Sommer 1962 abermals einen ihrer Redakteure zu Agartz nach Bensberg – diesmal den jungen Günter Gaus. Dessen Beitrag porträtierte Agartz ein letztes Mal mit privatem Kolorit und setzte gleichsam den Schlussstrich unter ein herausragendes Leben: „Kein zweiter Außenseiter der bundesrepublikanischen Gesellschaft ist so folgerichtig an den Rand gedrängt worden wie Agartz: Die Stationen seines Niederganges vom Theoretiker der mitgliederstärksten Organisation Westdeutschlands zum Privatier, der unter den Studenten in Warschau bekannter ist als unter denen in Bonn oder Frankfurt, entsprachen der zunehmenden Unlust der westdeutschen Parteien, Verbände und Bürger an grundsätzlichen Konzeptionen.“⁶⁰

Am Ende ließ ihn auch noch sein Körper im Stich. Bereits im März 1961 hatte er einen vorübergehenden körperlichen Zusammenbruch erlitten und sich davon nicht mehr erholt. Als im Juli 1964 auch seine jahrzehntelange Haushälterin starb – seine Frau hatte er bereits 1954 verloren –, war er allein und ohne jede Hilfe. „Was soll ich nun machen?“, fragte er die letzten seiner Bekannten verzweifelt um Rat und erklärte: „Mit jedem Loch im Strumpf beginnt allmählich der Verfall. Mittags gehe ich aus zum Essen, Frühstück und Abendessen fällt flach.“ Kurz darauf konstatierte er: „Meinen ‚Verfall‘ spüre ich selbst am deutlichsten, da schon die Essensfrage einen großen Kummer verursacht. Jeder abgerissene Knopf zeigt

58 Zit. nach ebenda.

59 SAPMO-BA NY 4104, NL Agartz, 86, Bl. 196f.

60 Günter Gaus: Viktor Agartz und die deutsche Linke, in: *Süddeutsche Zeitung*, 9./10./11.6.1962.

den Prozess der Devastierung.⁶¹ Die langjährige Arbeit an zwei Buchmanuskripten zur Geschichte und Soziologie der deutschen Gewerkschaftsbewegung – der Vertrag mit dem Luchterhand-Verlag war bereits unterschrieben – konnte er nicht mehr fertig stellen.⁶² Am 9. Dezember 1964 starb der bedeutendste sozialistische Linke vor „1968“ in einer Kölner Klinik.

61 SAPMO-BA NY 4104, NL Agartz, 87.

62 Sie sind heute dem Bundesarchiv Koblenz überantwortet.